

# Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche, 5,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 5,10 Mk. für den Monat.  
Postfachkonto Nr. 23 888. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H.“ Breslau.  
Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8887.

Donnerstag, 27. Oktober 1921

Anzeigenpreis: Die gewöhnliche Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familienanzeigen, Verleumdungs- und Verfammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, Spalten oder deren Raum im Text 2.- Mk.

## Arbeiter, löst die Krise!

Noch ist keine Regierung gebildet. Die Deutsche Volkspartei steht in der oberösterreichischen Frage wieder in einer Front mit den Deutschnationalen. Die Deutsche Volkspartei hat hinreichend klar erkennen lassen, daß sie von einer wirklichen Erfassung der Sachwerte (Goldwerte) zur Aufbringung der Wiedergutmachungslasten und der inneren Staatsausgaben nichts wissen will. Die Durchbrechung des Achtstundentages, die Einschränkung des Streikrechts sind angekündigt. In der von Hugo Stinnes beeinflussten Presse wird systematisch Stimmung gemacht, um Eisenbahnen, Wasserwege usw. in die Hand der großen Konzerne zu bringen. Und trotzdem liebäugelt die SPD. mit dieser Partei. Grad deswegen bieten sich Demokraten und Zentrum als Pflaster der kommenden Stinnes-Regierung an.

Zur selben Zeit unternimmt die monarchistische Konterrevolution einen neuen Vorstoß. Karl Habsburg unternahm den Vormarsch nach Budapest. Er stand in enger Fühlung mit den monarchistischen Organisationen in Bayern, Oesterreich, Tirol. Nach Brestelungen sind reichsdeutsche Offiziere und Mannschaften an Karl Habsburgs Vormarsch beteiligt gewesen. Im Oberösterreich steht die Ortschaft usw. schlagbereit. Ostpreußen starrt von bewaffneten weißen Bänden.

Schon hat, dem Zwange der Umstände gehorchend, die österreichische Regierung die Arbeiterschaft zum Schutz der Republik bewaffnet.

In dieser gespannten inneren und äußeren Lage, die voll Gefahren für die Arbeiterklasse ist, kann keine Arbeiterpartei es verantworten, der monarchistischen Partei der Großindustrien und der Großbanken unmittelbar oder mittelbar die Zügel der Regierung in die Hand zu geben. Die selbstverständliche Pflicht der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften ist in dieser Lage, wie in den Kapitagen und nach Erbergers Ermordung, die Arbeiterschaft zu mobilisieren, um den Gefahren der Stunde zu begegnen, um die Forderungen durchzusetzen, die die Arbeiterschaft wirksam schützen gegen monarchistische Anschläge, gegen die Belastung mit neuen Steuern, gegen die Herabdrückung ihrer Lebenshaltung durch die wachsende Teuerung, gegen die Durchbrechung des Achtstundentages und des Streikrechts, gegen die Auslieferung der entscheidenden wirtschaftlichen und damit auch politischen Positionen (Eisenbahnen, Wasserwerke) in die Hand der allmächtigen Konzerne.

Die Frage ist heute klar so gestellt, ob die großen Kapitalmächte Staat und Wirtschaft ihrem direkten Kommando unterstellen, oder ob umgekehrt die Arbeiterschaft Vorkehrungen trifft, um diese Mächte zu zügeln, ihrer Kontrolle zu unterstellen und sie für die Tragung der Staatslasten wirksam heranzuziehen.

Die Arbeiterschaft muß in dieser Situation sich sammeln, um die Forderungen durchzusetzen, die heute von den Massen als notwendig anerkannt und wiederholt erhoben worden sind:

1. Die Erfassung der Goldwerte, d. h. die Beteiligung des Staates an allen kapitalistischen Unternehmungen der Industrie, Handel, Verkehr, Bankwesen, Landwirtschaft, in der Form, daß der Staat Mitinhaber der Betriebe wird und im Verhältnis zu seinem Kapitalanteil an den Erträgen teilnimmt. Die Erfassung muß in einem Umfang erfolgen, daß der wesentliche Teil der inneren Schuld und der Wiedergutmachungslasten gedeckt wird und daß alle Arbeitseinkommen (der Lohnarbeiter, Angestellten, unteren Beamten) und die Arbeitsvermögen der selbstarbeitenden Kleinbauern, Kleinhandwerker usw. von jeder Belastung befreit werden. Eine umfassende Geschäfts- und Betriebskontrolle ist in diesen Betrieben durch Betriebsräte, Arbeiter und Angestellte auszuführen.

2. Unbedingter Schutz des Achtstundentages und des Streik- und Koalitionsrechts.

3. Die Entwaffnung und Auflösung aller konterrevolutionären Formationen (Orgele, Stahlhelm, Arbeitsgemeinschaft, Koffach usw.). Bildung eines Selbstschutzes der Arbeiter und Angestellten, unteren Beamten, Landarbeiter, Kleinbauern usw. unter gemeinsamer Kontrolle der Arbeiterpartei und Gewerkschaften.

4. Reinigung der Verwaltung, der Justiz, der Reichswehr, der Schutzpolizei von allen monarchistischen Elementen unter Kontrolle der Arbeiterschaft.

Jedem Kommunisten ist klar, daß keine Regierung, die sich auf den bürgerlichen Parlamentarismus oder gar auf den Reichstag in keiner gegenwärtigen Zusammensetzung stützt, in der Lage ist, diese Forderungen zu verwirklichen. Gewiß, diese Forderungen, deren Durchführung das Lebensinteresse des Proletariats erfordert — sind an sich nicht revolutionär. Aber jeder ernste Versuch zu ihrer Verwirklichung wird den gesamten offenen und verdeckten Widerstand der bürgerlichen Klasse hervorrufen. Dieser Widerstand kann nach unserer tausendmal ausgesprochenen Überzeugung nur durch die geschlossene außerparlamentarische Macht des Proletariats gebrochen werden. Sofern die SPD. und die USPD. den Mut haben, dieses Ziel offen zu erstreben, ist es ihnen mit Hilfe der Gewerkschaften möglich, dafür die außerparlamentarischen und parlamentarischen Voraussetzungen zu schaffen. Die Kommunisten werden ihnen dabei kein Hindernis bereiten.

## Einheitsfront gegen die Teuerung.

Am 18. August d. J., als es bereits offenkundig war, daß wir einer gewaltigen Teuerung entgegengingen, tagte der Bundesausschuß des ADGB. Er nahm eine Entscheidung an, die zu der kommenden Belastung der Arbeiterklasse Stellung nahm, und in der es heißt:

„Der Ausschuß des ADGB. ruft deshalb die deutsche Arbeiterschaft auf, sich gegen die drohende Herabdrückung der Lebenshaltung mit aller Kraft zur Wehr zu setzen. Die Durchführung der erforderlichen Lohnbewegungen ist Aufgabe der einzelnen Verbände, denen hierbei die Pflicht obliegt, die Solidarität der gesamten Arbeiterschaft hochzubalten.“

Wir wissen es nicht, aber wir nehmen an, daß die Väter dieser Entschliebung im Auge hatten, die zahllosen Lohnkämpfe, die eine Abwehrmaßnahme der Arbeiterschaft gegen die ansteigende Teuerung waren, nach einheitlichem Plane zu führen, um auf diese Weise dem einheitlich vorgehenden Unternehmertum eine nach gemeinsamen Gesichtspunkten operierende Armee des Proletariats entgegen zu stellen. Wir haben schon damals unsere erheblichen Zweifel an der Zweckmäßigkeit der eingeschlagenen Taktik geäußert. Die Entwicklung hat uns recht gegeben. Es war den „einzelnen Verbänden“ nicht möglich, bei der Entfaltung der gesamten deutschen Lohnbewegung, die Solidarität der gesamten deutschen Arbeiterschaft hochzubalten. Die Gewerkschaften schoben wiederum ihren eigenen Zahlstellen die Aufgabe zu, durch Einzelkämpfe die Herabdrückung des Reallohnes auszuhalten. Aber diese Einzelkämpfe fanden natürlich eine Grenze an der Kraft der Gewerkschaften. Seit Monaten zieht sich die Teuerung schon hin, und die Gewerkschaften wollten jede Preissteigerung mit einer energischen Lohnbewegung beantworten. Wollten sie in jedem einzelnen Ort die Bewegung isoliert durchführen, so würden selbst die besten Verbände in kurzer Zeit erschöpft sein. Die Angst vor diesem Ereignis drängt die einzelnen Gewerkschaftsleitungen dazu, sich bei ihrem Kampfe um Lohnerböhrungen eine starke Reserve aufzu-erlegen.

Diese Gestaltung der Verhältnisse ist außerordentlich erfreulich für die Unternehmer. Der Leidtragende dabei ist das deutsche Proletariat. Das zeigen auf das deutlichste die Ereignisse der letzten Wochen. Die vielen Einzelkämpfe haben die Kräfte der Verbände geschwächt, sie haben aber auch die Arbeiter zermürbt. Jeder, vielleicht in wochenlangem Streik erzwungenen fargen Lohnerböhrung steht nach kurzer Zeit bereits eine noch viel stärkere Preis-erböhrung gegenüber. Bei dieser Art des Abwehrkampfes gegen die Senkung der Lebenshaltung tritt die Teuerung dem Proletariat gewissermaßen als eine unüberwindliche gigantische Kraft entgegen, der Einhalt zu gebieten es sich nicht kräftig genug fühlt.

Die schlimmen Folgen, die dies alles für die Arbeiterschaft hat, sind heute schon unübersehbar. Ein Teil der Arbeiter ließ sich dazu verleiten, da die Löhne sich der Teuerung nicht anpassen, sich durch eine Ausbehnung der Arbeitszeit Mehreinnahmen zu verschaffen. Die Durchbrechung der Arbeiterfront, die bereit ist, den Achtstundentag zu schützen, wurde von dem Unternehmertum und der ihm verbündeten Regierung sofort ausgenutzt. Ein Arbeitszeit-Gesetzentwurf, der die Durchbrechung des Achtstundentages „gesetzlich verankern“ will, war die nächste Folge. Darüber hinaus ging das Unternehmertum dazu über, bevor noch dieser Entwurf zum Gesetz erhoben ist, in Großbetrieben die 56-Stundenwoche einzuführen. Ein Teil treibt den andern. Schlichtungsordnung und Antistreibgesetz sind in Vorbereitung. Gewaltige Maßnahmen werden in ganzen Industriezweigen vorgenommen. Die Arbeiterschaft ist völlig in die Defensive gedrängt.

Daß die Situation so verfahren ist, ist nicht in letzter Linie eine Folge jenes verhassten und unzureichenden Beschlusses des Bundesausschusses vom 18. August. Helfen kann nur das, was wir Kommunisten von Anfang an gefordert haben: die Zusammenfassung der Lohnbewegungen. In manchen Köpfen hat sich diese selbstverständliche Forderung so abgelebt, als ob wir verlangten, der ADGB. solle auf einen Knopf drücken, und morgen stände die ganze deutsche Arbeiterschaft im Generalstreik — übermorgen brotlamerien wir in Deutschland die Räte-republik. Daß man die Forderung nach Zusammenfassung der einheitlichen Führung der Lohnkämpfe, die nicht nur von Kommunisten, sondern von Arbeitern aller Parteien erhoben wird, so auffassen kann, zeugt von einer Kallidität gegenüber den gewerkschaftlichen Problemen der Gegenwart, die geradezu bewundernswürdig ist.

Das erste, was notwendig ist, um die schlimmen Kämpfe der Gegenwart gegen das machtvolle organisierte Unternehmertum für die Arbeiter erfolgreich zu führen, wäre, daß man von der Lokalisierung auf jeden Fall ablässe. In solchen Kämpfen, wo es nicht nur um die Interessen einer einzelnen Arbeitergruppe geht, sondern, wo es sich gewissermaßen um Vorpostenkämpfe für das ganze Proletariat handelt — wie z. B. der Weser-Werft-Streit, die Aus-bernung in Höchst, in Grödenheim, die Direktionsmaß-nahmen im Deunowert usw., deren Lokalisierung die sichere

## Schützt die Republik mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln.

Ein Aufruf der Sozialdemokraten Mitteleuropas.

„Vorwärts“ und „Freiheit“ veröffentlichen einen gemeinsamen Aufruf der SPD., USPD., der deutsch-österreichischen, tschechoslowakischen und deutsch-tschechischen sozialdemokratischen Parteien, in dem es heißt:

Angesichts der wachsenden Bedrohung der republikanischen Verfassung durch die monarchistische Konterrevolution haben die Parteivorstände sich auf folgende Erklärung geeinigt:

Das gemeinsame Interesse des gesamten Proletariats der deutschen Republik, der Tschechoslowakei und Deutschösterreichs gebietet die Aufrechterhaltung und Sicherung der republikanischen Staatsform in diesen Ländern mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln. Die Parteileitungen erwarten einerseits von den politischen Vertretern der Arbeiterklasse den Einsatz ihrer ganzen parlamentarischen Macht dafür, daß alle monarchistischen Zettelungen abgewehrt und die Regierungen für jede Unterlassung oder Duldung gegenüber den Angriffen, die den Bürgerkrieg zur Folge haben müssen, verantwortlich gemacht werden.

Sie erwarten andererseits, daß die arbeitenden Klassen selbst die ganze Kraft ihrer politischen und wirtschaftlichen Organisation bereithalten, um sich gegen die Wiederkehr der mit dem Fluch des Krieges belasteten Dynastien und gegen die Wiederanfertigung des Militarismus und des Systems politischer und sozialer Unterdrückung zur Wehr zu setzen.

Dieser Aufruf erscheint uns ausgezeichnet. Er drückt klar und bestimmt die Forderungen der Lage aus. Die Führer der deutschen Sozialdemokratie zeigen, daß sie ihren Aufgaben als Vertreter der Arbeiterklasse und ihrer Interessen gewachsen sind. Unrecht wäre es, ihnen Halbheit und Bankrott vorzuwerfen.

Kur schade, nur Bitter schade, daß sie so früh, so entschlossen, so revolutionäre — nur in Ungarn handeln.

Wir aber leben in Deutschland. Und was geschieht in Deutschland? Die Stinnes-Partei, die monarchistische Deutsche Volkspartei, das Rückgrat der arbeitseindlichen Schwerindustrie, übernimmt die Macht, um die Erfüllungslasten voll und ausschließlich auf die zusammenbrechende Schulter des Proletariats zu wälzen. Die Wiederaufrichtung des Militarismus und des Systems politischer und sozialer Unterdrückung ist in vollem Gange. Die Bildung eines Stinnes-Kabinetts oder einer Stinnes-Koalition besiegelt sie endgültig.

In dieser Stunde mögen die sozialdemokratischen und unabhängigen Arbeiter den Aufruf lesen, der von Hermann Müller, Otto Reiss, Artur Crispian und Georg Ledebour unterzeichnet ist.

Ist genug warfen wir Kommunisten den Führern der SPD. und USPD. vor, daß sie der Konterrevolution das Stichwort gaben. Heute geben sie der Arbeiterklasse das Stichwort. Sie geben es in der ungarischen Frage.

Am wohlsten, Arbeiter, wendet es auf Deutschland an: „Sorgt dafür, daß die arbeitenden Klassen selbst die ganze Kraft ihrer politischen und wirtschaftlichen Organisationen bereithalten.“

Sorgt für den parlamentarischen und außerparlamentarischen Schutz des Proletariats vor der konterrevolutionären Stinnes-Herrschaft.

## Der König ist gefangen. — Es lebe der König.

(CC.) Wien, 24. Oktober.

Durch eine Sonderausgabe der „Neuen Freien Presse“ wurde hier in den Abendstunden die Nachricht bekannt, daß Erzherzog Karl und seine Gemahlin in der Nähe von Komorn von ungarischen Regimentsstruppen gefangen genommen worden. Eine Anzahl ausländischer Truppen und Garben, die mit der Sicherung des Königs betraut waren, flüchteten, und der König geriet in die Hände der Regierungstruppen, die ihn in höslicher Form dem Obersten Simonsalvy übergaben. Die Regierung hat gegen den Grafen Kurbass, gegen Dr. Graf, Obersten Scher, Friedrich und die übrigen Führer der Bewegung Haftbefehle erlassen. (Siehe auch Seite 3.)

MMP

Niederlage bedeutet — wäre eine Beschränkung der Bewegung auf ihren Kern von den schwerwiegendsten Folgen für die gesamte deutsche Arbeiterchaft. Hier geht es um die Festigung des Herrschaftspunktes der Unternehmer im Betrieb, um die Abschaffung des Achtstundentages, um die Befestigung der Betriebsräterechte. Und das Unternehmertum wird selbst hohe Opfer nicht scheuen, um diese für es so erstrebenswerten Ziele zu erröden. In solchen Fällen wäre es die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit der betroffenen Verbände, sich mit ihrer ganzen Gewalt hinter die betroffenen Kollegen zu stellen und sich vor der Androhung eines Kampfes in der ganzen Industrie nicht zu fürchten. Die Gewerkschaften können das aber nur machen, wenn ihnen der A.D.G. dazu das nötige Rückgrat gibt, wenn er in finanzieller und moralischer Beziehung hinter ihnen steht und sich nicht scheut, gegebenenfalls das ganze Gewicht der in ihm organisierten Millionenmassen in die Waagschale zu werfen.

Eine derartige Taktik hätte natürlich ihre Konsequenzen auf allen Gebieten des gewerkschaftlichen Kampfes. Sie ist nur durchzuführen, wenn die einzelnen Gewerkschaftsleitungen und der A.D.G. im gesamten die einzelnen Bewegungen nach einheitlichem Plane und mit einheitlichem Ziele führen: die Abwälzung der Lasten des verlorenen Krieges auf die Schultern der Arbeiterklasse mit allen Kräften abzuwehren. In diesem großen Rahmen lassen sich darüber hinaus die Lohnkämpfe noch einheitlicher gestalten. Die Gewerkschaften müssen mehr und mehr dazu übergehen, ihre Tarife zu einheitlichen Terminen zu kündigen, so daß den Unternehmern eine weit breitere Arbeiterfront gegenübersteht. Je mehr die Arbeiterschichten an einer Lohnbewegung beteiligt sind, desto stärker ist ihre Stellung gegenüber dem Unternehmertum. Darum haben die Gewerkschaften auch die Pflicht, noch darüber hinauszugehen. Die Steuerungsstelle erfährt gleichmäßig alle Arbeiterschichten. Wenn die Gewerkschaften dazu übergehen würden, eine Lohnbewegung zu fordern, die alle betroffenen Arbeiter umfaßt, aber natürlich nach den Erfordernissen gestaffelt sein kann, so würde damit erreicht werden, daß das Proletariat zum erstenmal bei dem Abwehrkampf gegen die Senkung seiner Lebenshaltung das ganze gewaltige Gebiet seiner Massenhaftigkeit ins Feld führen kann.

In den Gewerkschafts-Zeitungen wird den Kollegen immer wieder die Behauptung aufgetischt, wir Kommunisten hätten kein anderes Ziel im Auge, als die Arbeiterchaft zum Streik zu führen; der Streik wäre unser einziger Lebenszweck. Eine derartige Behauptung ist einfach lächerlich. Wenn wir das, was die Arbeiterchaft braucht, erreichen können ohne Kampf und ohne Opfer, so wären wir die Letzten, die zu der Taktik „Kampf um jeden Preis“ rufen würden. Heute steht aber die Frage gar nicht so. Heute heißt es: entweder den Kämpfen ausweichen, die nicht umgangen werden können, und dann wird die Arbeiterchaft von dem brutalen Unternehmertum zu Boden geschlagen; oder aber die freien Gewerkschaften sind bereit, nicht mit zerstückelten Teilkämpfen, sondern mit ihrer ganzen zusammengefaßten Kraft den Vorstößen der Unternehmer zu begegnen. Wir zweifeln nicht, daß die Unternehmer in vielen Fällen dann darauf verzichten werden, ihre Kräfte mit denen der deutschen Arbeiterklasse zu messen, und daß die deutschen Arbeiter so manche Lohnbewegung erreichen, so manchen Gewaltstreik abwehren könnten, ohne zehn Wochen im Streik zu stehen und dann erschöpft die Waffen aus der Hand zu legen. Die Umstellung der Gewerkschaften auf eine revolutionäre Taktik, eine Taktik des Klassenkampfes, wie wir sie wünschen, ist sicher nicht von heute auf morgen möglich, darüber sind wir uns klar. Es steht ihr entgegen die Tradition jener gewerkschaftlichen Führergeneration, die erzogen ist im Geiste der Arbeiters-Gemeinschaft und der Massenverbündung. Mag bei manchen von ihnen auch ein ehrlicher Wille vorhanden sein, erreicht wird die Umstellung der Gewerkschaftstaktik nur wenn die Gewerkschaftsmitglieder selber mit ihrem ganzen Willen und ihrer ganzen Latkraft sich dafür einsetzen.

## Politische Uebersicht.

### Die Vorbereitung der „breiten Koalition“.

**Minnes-Politik auf weite Sicht.**  
(S.S.) Berlin, 24. Oktober.  
Die Verhandlungen des Reichspräsidenten mit den bisherigen Koalitionsparteien und der Deutschen Volkspartei über die Bildung der neuen Regierung nahmen heute ihren Fortgang. Die Parteien beraten im Laufe des Tages in Fraktions-sitzungen über ihre Stellung zur Lage. Die Verhandlung zur Bildung einer breiten Regierungskoalition werden nicht nur im Hinblick auf die Tragweite der obersteinsten Entscheidung, sondern auch mit Rücksicht auf die wichtigsten im Laufe des Winters dringlich werdenden Aufgaben der inneren und äußeren Politik fortgesetzt; das Ziel, eine Politik auf lange Sicht zu ermöglichen, steht nach wie vor im Vordergrund der Verhandlungen.

Die die F.F.R. haben, sollen die Unabhängigen es unbedingt abgelehnt haben, in eine Regierung einzutreten; doch erklärten sie sich bereit, nach wie vor einer Regierung die wirksame Unterstützung angedeihen zu lassen.

### Zur Hausdurchsuchung in der Zentrale der K.P.D.

Die unter Verletzung der gesetzlichen Immunität unserer Abgeordneten mit Zwangsgewalt von der Berliner Kriminal-polizei vorgenommen wurde, hat die kommunistische Fraktion im Preussischen Landtag folgende große Anfrage eingebracht:

Am Freitag, den 21. Oktober hat der Berliner Polizeipräsident Richter in den Räumen der Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands eine Hausdurchsuchung vornehmen lassen. Trotz des Protestes mehrerer Reichstags- und Landtagsabgeordneter, die dort ihre Arbeitszimmer haben, wurden auch diese Räume gewaltsam geöffnet, Behälter erbrochen und nach Schimpfen gesucht. Das Polizeipräsidium berief sich bei diesen gleichzeitigen Maßnahmen auf eine unrichtige Anordnung, wonach auch die Räume der Abgeordneten zu durchsuchen seien. Der Justizminister am 23. und 24. Oktober Ministerialdirektor Friese vom Justizministerium, der Minister des Innern Dominicus und Staatssekretär Freund vom Ministerium des Innern weigerten sich, durch

Anweisung an ihre Beamten die Verletzung der Immunität zu hindern.

Die Grundlage für die Durchsuchung der Zentrale von Abgeordneten bildete angeblich ein Beschluß des Amtsgerichts Berlin-Mitte, Abt. 128, in Strafsachen gegen die Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands. Trotzdem dieser richterliche Beschluß nur die Durchsuchung der Räume der Kassen in der Zentrale, nicht die Zentrale selbst, betraf, sind die Zentrale und die Räume von Abgeordneten erbrochen worden, die mit der Kassen Hilfe nichts zu tun haben. Auch bedeutet ein Verfahren gegen die Mitglieder der K.P.D., soweit sie Abgeordnete sind, ohne Genehmigung des Reichspräsidenten einen Verfassungsbruch.

Weiter wiesen die Polizeibeamten ein Ersuchen der Polizeidirektion Stuttgart vor, Bücher und Schriftstücke mit Bezug auf die kommunistische Druckerlei Stuttgart-Deerlos in der Zentrale der K.P.D. zu beschlagnahmen. Trotzdem dieses polizeiliche Ersuchen sich nur auf die Geschäftsabteilung der K.P.D. erstreckt, wurden die Zentrale und die Räume von Abgeordneten erbrochen und durchsucht, die weder Mitglieder der Zentrale sind, noch sonst etwas mit der Geschäftsabteilung der K.P.D. zu tun haben.

Billigt das Staatsministerium die Verletzung der Immunität von Abgeordneten?

Hat das Ministerium des Innern tatsächlich eine Anordnung erlassen, wonach bei Hausdurchsuchungen auf die Immunität von Abgeordneten keine Rücksicht zu nehmen ist? Wenn ja: Sit das Staatsministerium bereit, diese Anordnung sofort rückgängig zu machen?

Welche Mittel gebent das Staatsministerium zu ergreifen, um in Zukunft jede Verletzung der Immunität von Abgeordneten zu hindern?

# Sturmglöcke

## Im Befreiungskampf des Proletariats ist die kommunistische Presse.

**Sie kündigt die Gefahr. Sie ruft zum Kampf. Sie zeigt den Weg zum Ziel.**

**Arbeiter! Angestellte! Beamte! Abonniert die kommunistische Tageszeitung!**

### Streiks und Lohnbewegungen im Reich.

**Buchdruckerstreik in Wachen.** Die Maschinenführer der wachener Zeitungsdruckerei sind in den Streik getreten, da die von ihnen geforderte Erhöhung der ihnen tariflich zustehenden Sonderzulage um 100 Prozent von den Unternehmern abgelehnt wurde. Die Verleger vereinbarten nennmehr durch Austausch der Handwerker das Erscheinen der Zeitungen trotz alledem sicherzustellen.

**Beendigung des Elberfelder Textilarbeiterstreiks.** Die uns mitgeteilt wird, ist der Streik in der Textilindustrie in Elberfeld-Barmen zugunsten der Arbeiter beendet worden.

**Kampf in der Solinger Messerindustrie.** In Solingen stehen etwa 1200 Spezialarbeiter der Messerindustrie im Streik, da die Unternehmer die geforderten Lohnbewegungen nicht bewilligen wollen. Während die Löhne der Spezialarbeiter in diesem Industriezweig durchschnittlich um das Dreifache gestiegen sind, betragen die Verkaufspreise der Fabrikate heute mehr als das Vierfache der Friedenspreise.

**Streiks in Leipzig.** In einer Reihe von Leipziger Wagenfabriken sind die Arbeiter in den Streik getreten, da die Unternehmer jede, selbst die geringste Lohnbewegung scharf ablehnen. Sie zogen es vor, gar nicht erst zu den Verhandlungen zu erscheinen, sondern schickten ihren Ersatz.

**Streik der Leipziger Tapezierer.** Die Tapezierer haben einstimmig beschlossen, sofort in den Streik zu treten, da die Unternehmer den Forderungen der Arbeiter nicht entgegenkämen.

**Vor einem Streik der Wermeister in der Holzindustrie.** Da trotz der 24-jährigen Bemühungen des Wermeisterverbandes es nicht gelang, zu einem Tarifabschluß für die Wermeister in der Holzindustrie zu kommen, und alle Versuche, zu einer friedlichen Verständigung zu gelangen, gescheitert sind, beschloß eine Wermeisterversammlung, am 21. Oktober in den Streik zu treten, falls bis dahin eine Einigung nicht erzielt ist.

**Vom Reichsarbeiterkongress in Esch.** Der Kampf in der harringischen Metallindustrie, dessen Beilegung bereits gesichert ist, scheint durch das Verhalten der Unternehmer neue Nahrung zu bekommen. Die Eschauer Metallunternehmer drohen sich die Wiederannahme so, daß nur diejenigen Arbeiter wieder eingestellt werden sollen, die den Unternehmern helfen und außerdem eine Kontrolle der Betriebsräte statufindet. Die Eschauer Metallarbeiter werden sich ein beratendes Vorgehen nicht gefallen lassen und werden weiter im Kampfe ansharren müssen. In den Verhandlungen der Reichsarbeiter in Esch, Jahn-Wichs und Friedrich wurde einstimmig beschlossen, die Beilegung des Streiks anzufordern, den Kampf solange der Unternehmerwillkür in verschärfstem Maße weiterzuführen.

### Preisgabe des Achtstundentages bei der Eisenbahn durch den D.S.B.

Am 8. und 9. Oktober d. J. fand im Eisenbahndirektionsbezirk Halle unter den Eisenbahnern eine Abstimmung statt für einen Kampf gegen die Durchbrechung des Achtstundentages, gegen die Schwächung der Rechte der Betriebsräte, gegen die Eschauer Richtlinien. Mit überwältigender Majorität, ca. 90 Prozent, entschieden sich die Eisenbahner für den Streik. Nur drei Betriebsräte setzten sich gegen die einstimmige Zustimmung unter den Arbeitern durch.

In der Hauptversammlung Halle stimmten von 58 im D.S.B. Organisierten 40 für den Streik, 18 gegen den Streik, 9 Stimmen waren unglücklich. Von 24 im D.S.B. organisierten Eisenbahnern stimmten 25 für und 12 gegen den Streik. Der Rest waren unglückliche Stimmen. Von 27 anderen Organisationsangehörigen stimmten 23 für und 12 gegen

den Streik, 12 Stimmen waren unglücklich. In der Ortsgruppe Leipzig entschieden sich von 7346 zur Abstimmung stehenden Eisenbahnern 6998 für den Streik, 293 dagegen, während 58 Stimmen unglücklich waren. Auf der Ultraschallfertigung in Halle wurden gezählt: 360 Stimmen für, 16 Stimmen gegen den Streik.

Die Verhandlungen, welche in Halle mit der Eisenbahndirektion von den Gewerkschaften geführt wurden, brachten keinen Abschluß. Es wurden in Gegenwart von Vertretern des Hauptvorstandes vom D.S.B., des Hauptbetriebsrates beim Reichsverkehrsministerium einerseits, dem Ministerialrat Dr. Koser und anderen Herren vom R.V.M. andererseits am Freitag die Verhandlungen in Halle fortgeführt, die aber ebenfalls zu keinem Abschluß kamen. Während die Eisenbahner ihrer iberellen Forderungen wegen auf den Kampfbeginn warteten, erklarte bei einer Besprechung über die Vorkommnisse in Halle, K.P.D. Mitglied, Hauptvorstandsmitglied des D.S.B., daß „wir die Kräfte aufsparen müssen für Lohnforderungen und Lohnkämpfe.“ Und Franz Schöffel, der Gewaltige des D.S.B., sagt: „es sind weder Kampfunterlagen noch Kampfesmut vorhanden“ und bürdet den Bezirksleiter von Halle ab, weil die Abstimmung im Direktionsbezirk Halle nicht statutengemäß vor sich gegangen ist. Schöffel brauchte eben einen Vorwand, um dem fast unvermeidlichen Kampfe auszuweichen. Er fürchtet sich ja, den Kampf mit allen Mitgliedern seiner Organisation in allen Direktionsbezirken der Eisenbahn zu führen gegen die Durchbrechung des Achtstundentages. Aus dem Grunde wurde ja auch die Presse nicht informiert. Ja, es wurden selbst die Organisationsmitglieder nicht über die Geschehnisse in Halle unterrichtet, weil man Angst hatte, daß außer den Eisenbahnern von Halle noch die Eisenbahner anderer Direktionsbezirke für die „Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft“ eintreten würden.

Im Verbandsorgan „Deutscher Eisenbahner“ Nr. 27 wird als Aufgabe hingestellt „die Sicherung der täglich achtstündigen Arbeits- oder Dienstzeit“, und weiter „Sicherung eines maßgebenden Einflusses der Organisation bei Regelung der vorliegenden sowie alle anderen Forderungen des Verbandes und seiner Mitglieder.“ Diese Worte ihres Hauptvorstandes nahmen und nehmen die Eisenbahner ernst, sie wissen, daß für die Sicherung des achtstündigen Arbeitstages, für den maßgebenden Einfluß der Organisation alle Kollegen zum Kampf antreten müssen. Anders jedoch die Herren Schöffel, Kaulfuß, Kogur, Breunig & Co. Wenn sie auch in der letzten Nummer des „Deutschen Eisenbahner“ schreiben:

„Die Republik brachte Euch den Achtstundentag, das Koalitions- und Streikrecht, das Recht der freien Meinungsäußerung, die staatsbürgerliche Gleichberechtigung! Die Republik gab Euch das Recht, für Eure Menschewürde, für Eure Existenz zu kämpfen! Lernt den Wert der Euch in den Schoß gefallen Rechte erkennen! Euch droht Gefahr. Offen und verdeckt arbeiten die Nutznießer der vornehmverlichen „Ordnung“ daran, Euch den Achtstundentag zu nehmen, Euch den Streik durch Gesetze zu verbieten, Euch das — so geringe — Mitbestimmungsrecht zu nehmen.“

Fürwahr, das klingt sehr kampfesmutig! Die Eisenbahner füllen die Gefahr und stellen sich darauf ein. Der Hauptvorstand des D.S.B. geht trotz dieser Einstellung ins R.V.M. Dort wird eine Kommission geboren, deren Eltern sind: Ministerialrat Dr. Koser vom R.V.M. und Franz Schöffel, Vorsitzender vom D.S.B. Die Kommission hat an ihrer Spitze einen Unparteiischen aus dem Reichsarbeitsministerium. Sie wird weiterhin zusammengesetzt aus drei Vertretern des R.V.M. und drei Vertretern des D.S.B. Ihre Aufgabe ist es grundsätzlich den Begriff „Geteilte Arbeitszeit“ festzustellen. Auf Grund dieses Spruches wird der Reichslohntarifvertrag gehandhabt werden. Koser und Schöffel erklärten, daß beide Teile sich diesem Schiedsspruch unterwerfen werden. Es wurde weiterhin festgelegt, daß die zurzeit bestehenden Verhältnisse nicht geändert werden sollen. Das heißt also, die halbeschen Arbeiter haben nach den Richtlinien von Goslar zu arbeiten. Ohne Prophet zu sein, kann man heute schon sagen, daß der Schiedsspruch jener Kommission den Eisenbahnern den Achtstundentag nicht erhalten wird. Denn in dieser Kommission wird der Geist, der Groß- und Vieremänner, „des nicht systematisch aufzufassenden Achtstundentages“, der nach oben abgerundet werden kann, walten.

Die Erbitterung unter den Eisenbahnern über den Verrat ihrer Führer ist im Aufwachen. Völlig falsch ist es aber, wenn Mitglieder ihrer Organisation den Rücken kehren. Es wird die Zeit kommen, wo die Eisenbahner geschlossen, Beamte und Arbeiter, den Kampf aufnehmen gegen alle diejenigen, die ihren Existenz- und Menschewürde absprechen.

### Arbeitsruhe am 9. November in Chemnitz.

Das Chemnitzer Gewerkschaftsartell hat in seiner Sitzung vom 19. Oktober zur Frage der Feier des 9. November folgende Entschliessung einstimmig angenommen, die an den Vorstand des A.D.G., die drei sozialistischen Parteien und das sächsische Kultusministerium gelangt wird:

„Die am 19. Oktober im Volkshaus Chemnitz tagende Versammlung des Gewerkschaftsartells Chemnitz erklärt sich für eine Arbeitsruhe am 9. November als dem Tage der Revolution. Sie erwartet von den Betriebsräten des Industriebezirks Chemnitz, daß sie für die allgemeine Durchführung der Arbeitsruhe wie an Sonntagen an diesem Tage eintreten um diese Feier würdig zu begehen und den Willen der Arbeiterklasse, die Republik und deren Verfassung zu schützen, zum Ausdruck bringen. Gleichzeitig werden der Vorstand des A.D.G. und die sozialistischen Parteien gebeten, eine gleiche Rundgebung zu erlassen und mit der Reichsregierung in Verbindung zu treten, um eine allgemeine Arbeitsruhe zu erwirken. Das Gewerkschaftsartell Chemnitz erwartet vom sächsischen Kultusministerium wie im Vorjahre die Freigabe des 9. November für die Schulen.“

Der Beschluß des Chemnitzer Gewerkschaftsartells ist eine Ehrerbe an die Regierung und. Dieser Rat erklärt, daß er sich außerstande sehe, den 9. November als allgemeinen Feiertag in Sachsen zu erklären. Durch allerlei Ausflüchte ludte Herr Bud den Antrag der U.S.B. im Landtag, den 9. November zum gesetzlichen Feiertag zu erheben, zu hintertreiben. Herr Bud, der Heßling der sächsischen Bourgeoisie, dem die reaktionäre Presse täglich Lob spendet, hat ein übriges Mal bewiesen, daß er im großen wie im kleinen das gerade Gegenteil von dem tut, was die Arbeiter für notwendig halten.

### Der 9. November gesetzlicher Feiertag in Thüringen.

Das thüringische Staatsministerium bereitet ein Gesetz vor, nach dem der 9. November in Thüringen als gesetzlicher Feiertag eingeführt werden soll. Dafür soll der Tagtrag wegschicken und das Reformationsfest in den Schulen nicht mehr begangen werden.

# Vormarsch der Horthytruppen.

Budapest, 24. Oktober.

Ueber die durch die künftigen eingeleiteten Verhandlungen verhandelt, daß diese unannehmbare Forderungen aufstellen. Hierauf ordnete das Kommando der Nationalarmee den Vormarsch an, der bereits im Gange ist. Die Nationalarmee nahm die Führung mit den künftigen auf, die gegenwärtig unter fortwährenden Kämpfen zurückgedrängt werden.

Der erste Teil des künftigen Thronputsches ist zu Ende. Karls Armee ist, übrigens ohne allzu tragische Kämpfe, geschlagen, seine Truppen aufgelöst. Er selbst und die Königin Zita wurden, in der höflichen Form in dem Schloß Tokaj interniert, wo über sein weiteres Schicksal beschlossen werden wird.

Horthy hat unter der Parole „Freiheit und Frieden“ die sofortige Wiederbestimmung des Thrones verhindert. In Wirklichkeit aber sind die Horthy-Leute, die entschlossenen erprobten Konterrevolutionäre gerade deswegen gegen Karl gezogen, weil dieser notwendigerweise sich mit den Mächten der kleinen Entente einwilligen verhandeln mußte, weil er gegenüber den jugendlichen Terrorbanden eine „volkstümliche, gefühlvolle“ Diktatur der Gutbesitzer und Unternehmer zu propagieren begann. Nicht umsonst bildete er sein Gegenministerium aus dem Grafen Andrássy und Dr. Graf, Männer mit einer „liberalen“ Vergangenheit. Horthys Sieg über Karl ist keine Schwächung, sondern eine Befestigung der Konterrevolution.

Die Staaten der kleinen Entente setzten sich festig mit Worten gegen die Rückkehr Karls zur Wehr. Sie wußten, daß trotz seiner Liebängeln, seines angeblichen Verständigungs-willens, die Wiederkehr auf den Thron früher oder später, die Zurückeroberung der im Frieden von Trianon geraubten ungarischen Provinzen bedeutet hätte. Die kleine Entente ließ die Schlachttrumpeten blasen. Ob sie die Schlacht gewagt hätte, ist zweifelhaft. Keinesfalls aber hätte sie der zur Verteidigung der jungen Republik bereiten Arbeiterschaft die geforderten Waffen in die Hand gegeben.

Was tat die Große Entente? Sie erließ Erklärungen gegen Karl. Schöne und kraftvolle Erklärungen. Das hinderte Frankreich nicht, durch seinen royalistischen General Franzeb Espéry, den alten Freund der äußersten ungarischen Reaktion, jetzigen kommandierenden General in Strassburg, den künftigen zum Staatsstreich zu ermutigen. Kein Zufall ist es, daß ein französischer Fliegeroffizier ihn von der Schweiz nach Ungarn brachte.

Italien, das weiße Italien der Faschisten, war trotz des Pressehates gegen den König, froh, seinen jugoslawischen Konkurrenten in Verlegenheit zu setzen. Auch im demokratischen England standen und stehen starke Kräfte hinter Karl. Bezeichnend ist es, daß Winston Churchill, einer der treuesten Vorläufer der internationalen weißen Mörderclique, sofort eine Konferenz in London einberief, in der unter Anteilnahme mehrerer Minister gegen die Abwehrmaßnahmen in den Staaten der kleinen Entente protestiert wurde.

Die Freunde Karls sind nicht auf die Entente beschränkt. Das amerikanische Staatsdepartement hat gestern erklärt, daß es an den Vorgängen in Ungarn nicht interessiert sei, also nichts dagegen hat. Die österreichischen Monarchisten veröffentlichten gestern in der „Wiener Morgenzeitung“ eine Erklärung, worin sie das Erscheinen des apostolischen Königs in Ungarn begrüßen.

Bekannt sind die engen Bande zwischen Bayern und den Karlisten. Die „Münchener Post“ nimmt den ungarischen Putz zum Anlaß, auf die Fäden hinzuweisen, die von den bayerischen Nationalisten, dem Polizeipräsidenten Boehner, dem Hauptmann v. Kessel und schließlich Ludendorff zu den Legitimisten hinüberlaufen. Nicht nur die Kahr-Regierung, sondern auch die jetzige „republikanische“ Lerchenfeld-Regierung und ihre Polizeidirektion unterhalten nach dem mehrheitssozialistischen Blatt bauernbe Beziehungen mit diesen Kreisen. Hauptgelddgeber ist ein amerikanischer Großindustrieller in Berlin.

Alle diese Tatsachen zeigen die fieberhafte Tätigkeit der Monarchisten in allen Ländern, ihre Bereitschaft, den Endstoß gegen die letzten Ueberbleibsel der Revolution von 1918 zu führen.

Ist Karls Putz mißlungen? Seine erste Phase ist beendet. Die sofortige Thronbesteigung wird nicht kommen. Der Putz ist mißlungen wie der deutsche Kapp-Putz, d. h., die Zeit ist nunmehr gekommen, ihn in Ruhe siegreich auszubauen.

# Rettet Sacco und Vanzetti!

(Ull.) Brüssel, 24. Oktober.

Die Kommunisten haben gestern eine Protestkundgebung veranstaltet gegen die in Amerika erfolgte Verurteilung der italienischen Revolutionäre Sacco und Vanzetti zum Tode. Mehrere tausend Personen begaben sich zum amerikanischen Konsulat, wo die Fenster eingeschlagen wurden. Die Polizei gestreute die Demonstranten.

(Ull.) Brüssel, 24. Oktober.

Die belgischen Kommunisten haben eine große Kundgebung gegen die Verurteilung der beiden italienischen Extremisten in Amerika abgehalten. Sie demonstrierten vor dem amerikanischen Botschaft, wurden aber von der Polizei gestreut.

In diesen Ländern ist die Hilfsaktion für die beiden amerikanischen Justizopfer Sacco und Vanzetti, die für ihre politische Tätigkeit von dem New-Yorker Schlichter als gemeine Raubmörder zum Tode verurteilt wurden, bereits in vollem Gange. Nicht nur die kommunistischen Parteien, sondern auch andere Arbeiterorganisationen rufen die Massen zum Protest gegen die geplante Exekution der beiden amerikanischen Bankiers und Industriellen des amerikanischen Kapitalismus auf.

Sacco und Vanzetti, die beiden tapfersten Kämpfer der amerikanischen Arbeiter, sollen in 14 Tagen hingerichtet werden. Auf Grund eines Prozesses, in dem man schamlos, strubbellos mit der höhnischen Frechheit des Weißen Schredens selbst auf die Maaße der Gerechtigkeit verzichtete, in dem man sich mit einer Handbewegung über die durch 17 Zeugen eidlich besicherten Alibi-Beweise hinwegsetzte, in dem man jahrzehntlang erprobte Revolutionäre, die sich für die Bewegung opferten, als gemeine Verbrecher entehrt, schändet, um sie zu morben.

Schon ist die Absicht der Feinde des amerikanischen Staates, der Petroleumkönige, der Eisenbahnmagnaten, der Börsen- und Finanzhirsche von Wall Street mißglückt: Es gelang nicht, die Kunde von dem geplanten Justizverbrechen zu ersticken. Die Nachricht ist in das amerikanische Proletariat gedrungen. Das amerikanische Proletariat, Einheimische und Einwanderer ohne Unterschied der Nation, beginnt zu antworten.

Mehr als das. In Europa handeln die Arbeiter. Die ersten Nachrichten stürmischer Kundgebungen der Proletarier kommen gleichzeitig vom Westen und vom Süden Europas.

Es ist sehr fraglich, ob man den König überhaupt aus dem Königreich Ungarn ausweisen wird. Aber selbst wenn man es der Form halber tut, bleibt es sicher, daß die hinter ihm stehende Restauration unermüdblicher, hoffnungsvoller als je, gefährlicher und drohender als je fortarbeitet. Zwei Tage vor Karls Ankunft begann Horthys Ministerpräsident, Graf Bethlen, mit der Formierung einer großen, gemeinsamen Partei, deren Ziel die Vereinigung aller reaktionären Kräfte ist. Die Königsfrage wird bestenfalls einwillen verlegt werden. Sie wird zur „Sonntagsfrage“, wie der preussische Steuertal so trefflich sagte. Sie wird nicht allzu lange eine Sonntagsfrage bleiben. Der einmal ausgetretene Kampf kann nur enden durch den ganzen, auch durch den äußeren, formellen Sieg der Konterrevolution, verkörpert durch die Monarchie oder durch den Sieg der Revolution, verkörpert durch das bewaffnete Proletariat.

Darum gilt es für die Arbeitermassen der an Ungarn grenzenden Republiken, nun erst recht ihre Bewaffnung durchzuführen und auf der Wacht zu stehen gegen die neubelebte weiße Gefahr.

## Ein Aufruf der kommunistischen Partei Oesterreichs.

Der Parteivorstand der K.P. Oesterreichs veröffentlicht einen Aufruf, dem wir folgende Stellen entnehmen:

Die letzten Ereignisse in Ungarn, die Wiederkehr des künftigen Massenmörders Karl und die Meldungen von der Einsetzung einer künftigen Regierung in Budapest zeigen mit erschreckender Klarheit, wie ernst die Gefahr geworden ist, die von den ungarischen Weisgarbisten dem österreichischen Proletariat droht. Die Untätigkeit des österreichischen Proletariats hat die Horthy-Banden nicht befähigt und die Gefahr nicht verringert. Sie hat die Reaktion an der Grenze und im Innern ermutigt und ihr Zeit gegeben, ihre Rüstungen zu ver-

In Frankreich hat das Zentralorgan der kommunistischen Partei, die „Humanité“, eine leidenschaftliche Protestkampagne zugunsten der beiden Genossen begonnen. „Wiederholen wir“, so schreibt sie, „allüberall, mit all unseren Kräften, den Appell ans Proletariat. Wir sind imstande, wenn wir es wollen, zwei Sterbende zu retten. Wir wollen es. Bereiten wir uns, ohne einen Augenblick zu verlieren, zum Kampf vor. Aber ein Meeting allein genügt nicht. In allen Städten des Landes müssen wir Versammlungen veranstalten. Die Proteststimmen müssen in solchen Massen zur amerikanischen Botschaft dringen, daß sie sich herbeiläuft, Kenntnis davon zu nehmen.“

Die französischen Arbeiter begnügen sich nicht mit Worten. Zur einheitlichen und raschen Durchführung der Protestaktion in Paris wie in allen Provinzen haben sich sämtliche fortschrittlichen Arbeiterorganisationen, ohne Rücksicht auf ihre inneren Gegensätze zusammengeschlossen. Ein Aktionskomitee hat sich gebildet aus Vertretern der kommunistischen Partei, der Anarchisten, der kommunistischen Jugend, der Kriegsbeschädigten und der revolutionären Gewerkschaften, das die Aktionen zentral leitet.

Auch in Italien, der alten Heimat Saccos und Vanzettis, treten die Massen für sie auf den Plan. Bauern, Landarbeiter und Industriearbeiter haben bereits hunderte gewaltige Versammlungen in den kleinsten Dörfern bis zu den größten Städten abgehalten. Die Jugendorganisationen, die Bauernorganisationen, die Anarchisten, die Konsumvereine, die Gewerkschaften, die Kriegsbeschädigtenorganisationen stellen sich mit voller Kraft in den Dienst der Sache.

Am 16. Oktober fanden in allen italienischen Städten Demonstrationen für die Verurteilten statt, dabei kam es in Turin zu Zusammenstößen mit der Polizei, die die Demonstrierenden hinderte, vor das amerikanische Konsulat zu ziehen. Zwanzig Verhaftungen fanden statt.

In der Schweiz zwang der entschlossene Wille der Arbeiter den reformistischen Vorstand der Gewerkschaftsunion, eine Erklärung gegen die Hinrichtung der beiden Justizopfer an die amerikanische Regierung zu senden.

Auch das deutsche Proletariat muß seine Stimme erheben zum Protest gegen das geplante Verbrechen der amerikanischen kapitalistischen Feinde.

Es ist sehr fraglich, ob man den König überhaupt aus dem Königreich Ungarn ausweisen wird. Aber selbst wenn man es der Form halber tut, bleibt es sicher, daß die hinter ihm stehende Restauration unermüdblicher, hoffnungsvoller als je, gefährlicher und drohender als je fortarbeitet. Zwei Tage vor Karls Ankunft begann Horthys Ministerpräsident, Graf Bethlen, mit der Formierung einer großen, gemeinsamen Partei, deren Ziel die Vereinigung aller reaktionären Kräfte ist. Die Königsfrage wird bestenfalls einwillen verlegt werden. Sie wird zur „Sonntagsfrage“, wie der preussische Steuertal so trefflich sagte. Sie wird nicht allzu lange eine Sonntagsfrage bleiben. Der einmal ausgetretene Kampf kann nur enden durch den ganzen, auch durch den äußeren, formellen Sieg der Konterrevolution, verkörpert durch die Monarchie oder durch den Sieg der Revolution, verkörpert durch das bewaffnete Proletariat.

In dieser Situation ist es notwendig, daß die Arbeiterschaft ruhig und besonnen, mit kühlem Ernst, erwägt, was notwendig ist. Die einzig zuberlässige Macht, welche die Arbeiterschaft vor der Reaktion schützen kann, ist sie selbst. Darum muß die Arbeiterschaft gerüstet sein, den Gegner mit der Waffe in der Hand abzuwehren, greife er im Innern oder von außen an. Es genügt nicht, so notwendig es auch ist und so sehr wir selbst dafür eingetretten sind, daß jeder kriegsbereitfähige Klassenbewußte Arbeiter in die kleine, ungenügende Wehrmacht eintritt. Diese Wehrmacht bleibt immer noch viel zu klein, als daß sie der Wehrmacht Horthys ernstlichen Widerstand leisten könnte. Die Masse der Arbeiter muß zum Abwehrkampf aufgerufen, und, soweit sie wehrfähig ist, mit Waffen aus den staatlichen Beständen versehen werden. Die Wehrmacht allein genügt schon deshalb nicht, weil die meisten ihrer Offiziere Monarchisten sind.

Vor allem aber ist es notwendig, daß in diesem wie in jedem Kampfe das Proletariat einig kämpft.

Wir Kommunisten wissen genau, daß es nur eine Scheindemokratie ist, die in Oesterreich herrscht, in welcher das Proletariat von den Kapitalisten beherrscht und ausgebeutet wird, aber gegen Horthy, gegen Karl von Habsburg, gegen den weißen Schredens muß jeder Kommunist genau so wie jeder andere Arbeiter auch diese Scheindemokratie mit allen Mitteln verteidigen, wenn wir nicht das österreichische Proletariat der blutigsten Unterjochung ausliefern wollen. Darum heißt es für alle Fälle gerüstet sein, sich aufzuputzen, die Vertreter im eigenen Lager unschädlich machen, Waffen in die Hand bekommen, und einig zusammenstehen. Dann wird kein Horthy und kein Karl dem österreichischen Proletariat etwas anhaben können, dann wird ihm auch das Proletariat anderer Länder, auf deren reaktionäre Regierungen wir uns nicht verlassen dürfen, zu Hilfe eilen.

## Glabenhak.

Von Upton Sinclair.

Aus dem Roman „Manassas“  
Deutsch von Harmonia zur Mühlen.

(Schluß.)

Ältliche Augenblicke wagte niemand ein Wort zu sprechen. Allan trat an den Vorhang, blickte hinaus, erwartete schier, sich Henderson gegenüber zu befinden. Doch lag im Mondlicht alles still und verödet.

Er lehnte in die Hütte zurück, beugte sich über die Leiche. „Nun werden sie ihn nie mehr finden“, flüsterte er Tibbs zu und stürzte dann von heftigem Schmerz überwältigt ins Freie.

Da er am Haus des Aufsehers vorüberkam, sah er in einem der Fenster Licht; eine Gestalt schritt am Fenster vorüber, Stimmen wurden laut.

„Ist das nicht das Zimmer, wo Henderson schläft?“, fragte sich Allan erschauernd. Er versuchte, sich selbst zu verspotten, schlug aber unwillkürlich den Weg zum Haus des Aufsehers ein. Er öffnete die Tür, verharrete einen Augenblick im Vorraum, betrat dann das Zimmer, aus dem das Licht drang. Er besah sich in Wilsons, des Aufsehers „Bureau“, dem Raum, wo die Regentleider und Schuhe aufbewahrt waren. Nun hatte Wilson für die Gäste hier Schlafstätten zurecht gemacht; in dem einen Bett lag Henderson, sprach rasch und aufgeregter zu den anderen: „Ihr seid Karren!“, rief er. „Glaubt Ihr denn, ich hätte keinen Verstand? Karren seid Ihr...“

Er blickte plötzlich nach der Tür, Allans Seele schien zu erstarren, denn Hendersons Augen weiteten sich, seine Haare sträubten sich, sein Körper wurde steif, er warf die Arme vor, sein Schrei schlug gegen die Zimmerwände: „O Gott, guter Gott! Was ist das? Schaut hin!“

Die anderen starrten wie versteinert zur Tür hin, dann schmeckte Wilson auf, rief schreiend: „Das ist ja Herr Allan.“

Nun erst erkannte Allan, er sei die Ursache der ganzen Aufregung.

„Bist du es, bist du es?“, kreischte Henderson. „Antwort! Antwort!“

„Ich... ich begreife ja nicht...“, stammelte Allan.

Henderson sank in die Kissen zurück, begrub seinen Kopf, brach in hysterisches Schluchzen aus, stöhnte, wie ein erschrockenes Kind: „O, meine Seele, wie kann man so etwas tun? Erbarmen! Ich ertrage es nicht!“

„Sie haben ihn erschreckt, Herr Allan“, warf Wilson hastig ein. „Er hielt Sie für jemand anderen.“

Henderson setzte sich wieder auf. Tränen strömten ihm über die Wangen. „Weshalb taten Sie es? Weshalb kamen Sie so ins Zimmer geschlichen? Das genügt doch, um einen Menschen verrückt zu machen.“

„Sehen Sie, Herr Allan“, sprach abermals Wilson, „er behauptet, einen Geist gesehen zu haben.“

„Wie?“

„Er behauptet, den Regent gesehen zu haben. Wir versuchten eben, ihn zu überzeugen, es sei ein böser Traum gewesen.“

„Ihr Karren! Ihr Karren!“, schrie Henderson wild. „Ich sage euch, er stand dort. Ich sah ihn so genau, wie ich euch sehe. Begreifen Sie denn nicht, Wilson, der Regent war im Zimmer, kam durch die Tür.“

„Aber die Tür war doch verschlossen.“

„Und wenn sie hundertmal verschlossen war. Der Regent kam durch die Tür. Es war sein Geist, hört Ihr, der Regent ist tot. Mein Gott, ich habe ihn getötet und jetzt verfolgt er mich. Der Regent verfolgt mich, ich werde ihn nie mehr abhüteln können. Dort stand er, wies mit dem Finger auf mich, seine Augen glühten, wie die eines Tigers. Ich sah, wie sich mein Haar sträubte, wie mir kalte Schauer über den Leib liefen.“ Hendersons Stimme sank zu einem Wimmern herab. „Ich bin krank, werde nicht mehr gesund werden. Ich weiß es, der Tod greift nach mir. Der Regent verfolgt mich, wird mich immer verfolgen. Ich sah es in seinen Augen. Was, glaubt Ihr,

hätte er mir getan, wäre ich allein gewesen? ... Es war kein Traum, ich hatte gar nicht geschlafen. Sag hier, sahst du jähling, er sei eingetreten. Seine Kleider waren zerrissen, ich sah seine Hände, sah alles...“ Henderson sprach unentwegt, wiederholte alle Einzelheiten stets von neuem. Er war schier wahnsinnig vor Angst, lachte hysterisch, schluchzte, rang die Hände. Seine Augen wurden immer wilder, seine Wangen glühten. Wilson meinte schließlich: „Er spricht im Fieber.“

Allan stand stumm da, beobachtete, wie das Desorium des Mannes immer wilder wurde. Er sah den Regent abermals an der Tür stehen, sprang aus dem Bett, wurde von vier Männern mit Mühe gebändigt. Während des Ringens verlor er seine Verbände, Blut spritzte aus den Wunden. Erschüttert strebte Allan heim, sah lange wartend in seinem Zimmer. Am Morgen wurde ihm mitgeteilt, man habe um den Arzt geschickt. Jim Henderson liege im Sterben.

## Zur Regierungsbildung.

Prolet, du kennst das alte Spiel, Wenn man zur Futterrippe will, Wirft man sich lüch in Postur, Und schwört darauf des Volkes Schwur!

Doch diesmal ist es ziemlich schnurz, Ob lang die Reden oder kurz. An Galgen gilt es dich zu hängen, Nur noch das wie ist zu bedenken.

Ob Stinnes das alleine macht, Darum tobt die Russenschlacht. Ob mit ob ohne SPD, Gefesselt bleibt das Portemonnaie.

Das ist des Hubels Kern, Prolet. — Wie man dem aus dem Wege geht? Indem du heßt zum Schlag die Faust, Die auf den Schwacher niederhaut!

# Breslauer Nachrichten.

## In alle Kolporteurs und Ortsgruppenleiter.

Alle Ortsgruppenleiter haben bei ihren Kolporteurs zu veranlassen, daß die genaue Zahl der Abonnenten für Monat November bis spätestens Freitag, den 28. Oktober, in den Händen des Verlages ist. Es ist besonders noch anzugeben, wieviel neue Abonnenten auf Grund der Werbewoche gemacht worden sind.

Es werden in Zukunft voraussichtlich allmonatlich Werbewochen für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ veranstaltet. Die Genossen werden aufgefordert, zu diesem Zwecke eine gute Vorbereitung zu treffen.

Der Verlag.

### Nicht wider den Stempel liden!

Der Herr Polizeipräsident schickt uns folgendes Schreiben, das wir unseren Lesern zur Kenntnis bringen:

Die Nr. 236 der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ vom 20. d. M. bringt in ihrer Beilage einen Artikel „Das Justizverbrechen in der Breslauer Graue“. Der Artikel, der sich im Zusammenhang mit der Entlassung der verhafteten Kommunisten aus dem Untersuchungsgefängnis mit der hiesigen Justiz und Polizei beschäftigt, bedeutet in seiner Gesamtheit, ohne daß es des Herausgreifens einzelner Sätze bedarf, eine bewußte Verächtlichmachung dieser beiden Staatseinrichtungen. Der Polizei, hier sogar unter besonderer Benennung von Beamten, wird besonders „Freiheitsberaubung bis zur Gefangenenmißhandlung, Zerknirschung bis zum Verstoß, Verstoß bis zu politischem Raubüberfall, Verstoß bis zur Provokation blutiger Schießereien“ vorgeworfen; der Justiz, daß sie, „ohne den wenigsten Schatten auch nur eines halbwegs anständigen Wortwandes, ihre politischen Feinde planmäßig, bewußt und zweckvoll, geistig und körperlich zu zermürben sucht“. Der Absatz, der mit den Worten beginnt: „Ein Verstoß der subalternen Organe“ und mit den Worten schließt: „und prügelt man sie unter der Herrschaft des Sanges und seinesgleichen“ enthält eine ebensolche Verächtlichmachung des Reichsgerichts, also ebenfalls einer staatlichen Einrichtung.

Die Verheugung in dem Artikel ist eine derartig grobe, daß sie durch den energischen Widerspruch, den sie bei der großen Masse des Bürgertums bis hinein zur Sozialdemokratie auslösen muß, im höchsten Maße den jetzt so besonders notwendigen inneren Frieden des Staates gefährdet.

In der Nr. 237 vom 21. Oktober bringt der Artikel „Der preußische Spießkumpf“ die angebliche Rede des Abgeordneten Oberleins aus dem Preussischen Landtage. Auch in ihr — der Rede — befinden sich Stellen, deren Wiedergabe grobe Verächtlichmachung der Staatseinrichtungen und -Organen enthalten. So, wenn der Abgeordnete Müller in dem Prozeß Breslauer Polizeibeamten als ein „verwahrlostes korruptes Gesindel, ausgeprägte Verbrecher“ bezeichnet haben soll. — Tatsächlich hat er es übrigens nicht getan. Ferner wenn es heißt, „die Angeklagten seien nur“ von Schurken, wie Loh und Ziekermann, denen im Prozeß der Meinel auf den Kopf zugehakt wurde, und die ihre Schurkerei auch zugeben mußten, ins Gefängnis geleitet worden.“

Den Abgeordneten Oberlein persönlich schließt seine Immunität seine Behauptungen sind nicht erwiesen. Ihre Wiedergabe bedeutet gleichfalls eine bewußte Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen und -Organen, und zwar gleichfalls in einer den inneren Frieden des Staates gefährdenden Weise.

Ich sehe für diesmal von Maßnahmen auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 22. September dieses Jahres ab, auch mit Rücksicht auf die gestrige Aus-

sprache mit den Herren Klein, Scheuer und Schuster, mühte aber im Wiederholungsfalle mit Beschlagnahme und zeitweiltem Verbot Ihres Blattes vorgehen.

Wir können es sehr gut verstehen, daß unsere Berichte über die unerhörten Zustände im Untersuchungsgefängnis, ferner darüber, wie selbst gegen Kommunisten, auf Grund verbrecherischer Angaben eine verschleierte Schutzhaft verhängt wird, beim Bürgertum Widerspruch und Entrüstung hervorruft. Damit werden diese Tatsachen nicht aus der Welt geschafft. Und Tatsachen sind es doch, Herr Polizeipräsident.

Uns liegt es fern, diesen Staat und seine Einrichtungen verächtlich zu machen. Dieses besorgen die Beamten, die ihr monarchistisches Herz nicht verbergen können, zur Genüge. Wir bekämpfen lediglich ein System, welches Kommunisten monatelang unschuldig ins Gefängnis wirft, während es bewußten Mördern (Oberst Bauer, Pabst) und Hochverrätern freies Geleit unter Zusage milder Bestrafung gewährt.

Daß diese Kritik einen Erfolg gehabt hat, zeigt sich darin, daß fast alle Genossen, die seit Monaten durch Beschluß des Reichsgerichts im Gefängnis saßen, entlassen sind. Ein Beweis für die „Objektivität“ (wie man sie auffaßt) für die oberste deutsche Gerichtsbehörde und ihre ausführenden Organe.

### „Knüppel“-Kunze.

Knüppel-Kunze spricht im „Friedeberg“. Der Saal dicht gefüllt mit „treudeutschen“ Männern und Frauen. Mitglieder des Jugendbundes „Bismarck“ mit der Armbinde der D.S.P. (Deutschsozialer Partei). Kunze spricht. Er ist das Idol des deutschen Spießbürgers, des kleinen Rentners; die meisten Arbeiter hat er als Staffage. Der deutsche Spießbürger, der über alles mault, dem alles nicht recht ist, hat ja jetzt besonders Gelegenheit, zu schimpfen. Knüppel-Kunze ist sein Instrument. Er geißelt scharf die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse, erkennt aber nicht deren Ursache. Nicht der Krieg, die imperialistische Erobererpolitik der Kapitalisten ist schuld, sondern „Altkjuda“. Die Regierung, bestehend aus Juden, abhängigen jüdischen Bankiers, hat Deutschlands Volk ins Elend geführt. Als Ausweg, der „von unten“ gegangen werden muß, empfiehlt er die Lösung des Zinsproblems. Nicht Expropriation des Kapitals, das wäre ja „sozialistisch“. Der Zinsfuß der Banken soll von 12 bis 15 Proz. auf 3 bis 4 Proz., die Dividende auf 5 Proz. herabgesetzt werden. Wie er sich dies vorstellt, wie Kunze besonders sein anderes Heilmittel, die Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten an den Unternehmungen der Kapitalisten durchführen will, jagte er nicht.

Aber doch, er hat ein Mittel. Er erklärt freich, frei, die Juden Marx und Lassalle haben als „einzelne Personen“ den Sozialismus ins Leben gerufen; „er, Kunze, werde als erster der Deutschsozialen ins rote Berliner Haus ziehen, bei der nächsten Wahl werden wir es erobert haben.“

Dann will er wieder aufrichten das herrliche „blondhaarig-blauäugige“ deutsche Reich, in dem nicht Platz haben die Juden, die Urheber aller Elends.

Einige Diskussionredner waren in ihrem blinden Zorn so hysterisch, daß sie diesen „Verbrecher“ am liebsten aufgefressen hätten. Ein Diskussionredner, der noch sehr weit vom „sozialen“ Gedanken entfernt ist, weil sie den Juden Trost und Lenin 8½ Millionen Mark in den Taschen geworfen hätten.

Dies gab einen Genossen Gelegenheit, kurz und treffend zunächst mit den Utopien des Herrn Kunze abzurechnen, die Ziele und Wege des Kommunismus zu erklären und dann zu erklären, daß Deutschlands Arbeiter stolz sind darauf, daß sie soviel Geld und Gegenstände aufgebracht haben für die Vorkämpfer der Revolution.

Nach der Versammlung zog ein Trupp der kommunistischen Jugend mit roter Fahne und Gesang durch die Kaiser-Wilhelm-Straße. Die Patenkreuzjünglinge sind aber gegenüber Fahnen, deren Rot nicht durch Schwarzweiß gemildert sind, wie Ochsen. So gingen denn die Knüppelhelden los, mußten aber erkennen, daß auch eine kommunistische Fahnenstange manchmal einen Kunzesehen Gummiknüppel ersehen kann.

## Aus der Provinz.

Fauer. Anlässlich eines Artikels aus Fauer in Nr. 179 geht uns folgende Berichtigung zu:

- Es ist unrichtig, daß bei der Firma Freyberg (gemeint ist die Firma E. E. Niesewalter, Inhaber Freyberg), in Fauer miserable Lohn- und Arbeitsbedingungen herrschen und daß die Firma sich geweigert hätte, die Arbeitsfrage wegen Lieferung schlechten Materials zu erhöhen, sowie, daß die Firma die Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse nicht anerkennt.
- Nichtig ist, daß eine aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Kommission im Auftrage des Schlichtungsausschusses in Breslau, deren Entscheidung sich die Firma schon vorher bedingungslos unterworfen hatte, festgestellt, daß das gelieferte Material einwandfrei war und daß die Firma zum Teil höhere Lohnsätze als die tarifmäßigen zahlte.
- Unrichtig ist, daß die Arbeiterkammer den früheren Betriebsobmann abgelehnt habe, richtig ist vielmehr, daß dieser nach Ablauf seiner Amtsperiode sein Amt freiwillig wegen eines Herzleidens niederlegte.
- Unrichtig ist, daß die Firma die neugewählte Betriebsobmann entlassen habe, sie ist noch heute bei der Firma.

Dazu schreibt unser Gewährsmann, daß trotz dieser Berichtigung die Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch immer miserable sind. Ueber den Begriff miserabel bestehen allerdings Meinungsverschiedenheiten. Die Anerkennung des Urteils des Schlichtungsausschusses ging nicht so schnell. U. a. mußte erst gestreift werden.

Wer Wichtiges weiß über die Rüstungen der monarchistischen Gegenrevolution, über das Treiben der „Selbstschutzorganisationen“, melde sich auf der Redaktion der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ Unkosten werden vergütet.

### Berammlungskalender.

- R.D. Görtz. Donnerstag, den 27. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Tivoli“, öffentliche Volksversammlung. Der aus der Haft entlassene Genosse Klein spricht über: „Die Gegenrevolution in der schlesischen Verwaltung und Justiz“. Ortsleitung Görtz.
- R.D. Fellschammer. Donnerstag, den 27. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet im Gasthof zur Eisenbahn eine öffentliche Frauenversammlung statt. Ortsleitung Fellschammer.



# Sonderangebot von Schuhmoden „ELO“



Ständige reichhaltige Ausstellung u. Verkauf nur erstklassiger Fabrikate. Eigene Reparatur-Werkstatt

Wir bringen vom einfachsten bis elegantesten Schuh nur wirkliche Qualitätsware z. billigsten Preisen

Garten-Straße 64, neben Hotel „Vier Jahreszeiten“

- Herren-Rindbox-Schnürstiefel . . . . . 140 per Paar Mk. 160 155
- Herren-Chevreaux-Schnürstiefel . . . . . 160 per Paar . . . . . Mk. 160
- Herren-Boxkalf-Schnürstiefel . . . . . 230 Rahmenarbeit, p. P. Mk. 230
- Herren-Lack-Halbschuhe . . . . . 275 Rahmenarbeit, p. P. Mk. 275

**GUTSCHEIN**  
Gültig vom 27. bis einschl. 30. Oktober.  
Bei Rückgabe dieses Gutscheines werden bei Barkäufen  
**5 Prozent** in Anrechnung gebracht.  
**Schuhmoden „ELO“**

- Damen-Rindbox-Stiefel . . . . . 135 per Paar . . . . . Mk. 160
- Damen-Chevreaux-Stiefel . . . . . 160 p. P. Mk. 160
- Damen-Schnür- und Spangenhalschuhe p. P. Mk. 83 78
- Damen-Chevreaux-Halbschuhe, grau, m. Lackbesatz Mk. 125

### Kinder-Stiefel in allen Größen und Preislagen.

Ferner empfehlen wir unser reichhaltiges Lager in Led-, Wildleder- sowie sämtlichen Herbst- und Winterstiefeln, soweit Vorrat reicht, zu den billigsten Preisen.

### Rechnungen für Gas, Wasser, Strom.

Die den Entachern von Gas, Wasser und Strom zu gestellten Rechnungen für das Vierteljahr Juli, September 1921 sind bis spätestens 10 Tage nach der Zustellung zu bezahlen. Als im Bezuge befindlichen Zahlungspflichtigen werden hingewiesen, daß die rückständigen Beträge unumkehrbar bis spätestens 28. Oktober 1921 an die Kasse der städtischen Betriebswerke zu zahlen, andernfalls werden die Beträge gegen eine Gebühr von 1 Mark durch Beauftragte der Kasse abgeholt werden. Wenn auch an diese nicht gezahlt wird, so muß in Rücksicht genommen werden, die Lieferung einzustellen und die Weiser fortzusetzen.  
Breslau, 22. Oktober 1921.  
Städt. Betriebsverwaltung.

### Schauspielhaus.

Operntheater, Tel. Ring 255  
Donnerstag, 7 1/2 Uhr:  
Das Hollandweibchen.  
Freitag, 7 1/2 Uhr:  
Gastspiel des Knecht Rupf.  
Samstag, 7 1/2 Uhr:  
Jan 1. Akt  
Wenn Liebe erwacht.  
Sonntag nachmittag, 3 1/2 Uhr:  
Die Rose von Stambul.  
Sonntag, 7 1/2 Uhr:  
Wenn Liebe erwacht.

### Zeltgarten

Täglich 7 1/2 Uhr.  
Das glänzende Varieté-Programm  
**Möbel aller Art**  
zu streng soliden Preisen  
L. ROSNER, (Lokal 3)  
**Inserate**  
in der „Schlesischen Arbeiterzeitung“  
hängen Erfolg.

Ich bestelle hiermit — Exemplar der  
„Schlesischen Arbeiter-Zeitung“  
Organ der kommunistischen Partei Deutschlands.  
(Beitrag der kommunistischen Internationale.)  
Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.  
Abonnementpreis frei Haus monatlich 6.10 RM., wöchentlich 1.50 RM.  
Name: \_\_\_\_\_  
Beruf: \_\_\_\_\_  
Ort: \_\_\_\_\_  
Straße und Hausnummer: \_\_\_\_\_